6. Inwieweit haften nach dem Gesetze zum Schutz der Warenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 die zu einer Buße Verurteilten für dieselbe als Gesamtschuldner?
Gesetz zum Schutz der Warenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 § 18 (R.G.B. S. 441).

II. Straffenat. Urtr. v. 12. Dezember 1899 g. E. u. Gen. Rep. 3566/99.

I. Landgericht I Berlin.

Aus den Gründen:

. . . Hiernach sind die Revisionen der Angeklagten in der Hauptsache verfehlt und zu verwerfen. Doch muß die vom ersten Richter ausgesprochene Verurteilung aller Angeklagten als Gesamtschuldner zur Zahlung einer Buße von 500 M an den Nebenkläger als rechtsirrtümlich beanstandet werden. Die Buße tritt nach § 18 des Gesetzes vom 12. Mai 1894 an die Stelle

jeder Entschädigung, zu welcher der Übertreter des § 14 dem Verletzten verpflichtet ist. Diesem Wesen der Buße als einer Entschädigung entsprechend setzt die Zuerkennung derselben notwendig das Vorhandensein eines durch die betreffende Straftat verursachten Schadens voraus, der durch sie abgegolten werden soll und somit auch für ihre Höhe bestimmend ist. Diese Voraussetzung ist bezüglich der That des Angeklagten R. aus dem Urteile nicht zu entnehmen. Es ist gegen ihn nur festgestellt, daß er die mit dem unechten Warenzeichen hergestellten 30 bis 40 Cigarretten freiwillig vernichtet hat, um die „straffälligen Folgen“ für sich zu beseitigen, und es ist nicht ersichtlich, inwiefern die Herstellung allein den Nebenkläger in seinem Vermögen oder Geschäftsrufe geschädigt haben könnte. Aus dem dargelegten Begriffe der Buße folgt aber auch weiter bezüglich der übrigen Angeklagten, daß dieselben nicht ohne weiteres als Gesamtschuldner für die Gesamtbuße haftbar gemacht werden konnten, welche dem Nebenkläger aus den verschiedenen, voneinander unabhängigen Vergehen der einzelnen Angeklagten zuerkennen war. Die Bestimmung im zweiten Satze des § 18 Abs. 1 des Gesetzes vom 12. Mai 1894 rechtfertigt eine solche Ausdehnung nicht; sie läßt sich rechtsgrundföhllich, wie der Abs. 3 des § 231 St.G.B.'s, nur auf ein und dieselbe Verletzung und die wegen dieser nömlichen Verletzung gegen mehrere Teilnehmer auszusprechende Buße beziehen, und schließt deshalb bei einer Mehrheit selbständiger Verletzungen die Zuerkennung einer Gesamtbuße unter Solidarhaft der verschiedenen Thäter aus. Dies hat der erste Richter verkannt. Es war deshalb das erste Urteil in Ansehung der erkannten Buße bezüglich aller Angeklagten aufzuheben und insoweit die nochmalige Verhandlung und Entscheidung der Sache anzuordnen.